

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Dr. Christos Pantazis, Stefan Klein, Petra Emmerich-Kopatsch, Dr. Alexander Saipa, Claudia Schüßler, Dirk Adomat, Jochen Beekhuis, Dr. Dörte Liebetruth, Sabine Tippelt, Frank Henning, Matthias Arends, Thordies Hanisch und Rüdiger Kauroff (SPD)

Welche Auswirkungen hätten die geplanten Strafzölle des amerikanischen Präsidenten auf Niedersachsen?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Christos Pantazis, Stefan Klein, Petra Emmerich-Kopatsch, Dr. Alexander Saipa, Claudia Schüßler, Dirk Adomat, Jochen Beekhuis, Dr. Dörte Liebetruth, Sabine Tippelt, Frank Henning, Matthias Arends, Thordies Hanisch und Rüdiger Kauroff (SPD) an die Landesregierung, eingegangen am 21.03.2018

Am 8. März 2018 hat US-Präsident Donald Trump Proklamationen unterzeichnet, nach denen die Einfuhr von Stahl und Aluminium u. a. aus der Europäischen Union in die USA mit Strafzöllen in Höhe von 25 bzw. 10 % belegt werden soll. Die Einführung von protektionistischen Maßnahmen dieser Art ist nach den Verträgen mit der Welthandelsorganisation nur erlaubt, wenn die nationale Sicherheit gefährdet ist. Diese Gefährdung erklärt Trump mit der Notwendigkeit, die Stahlproduktion in den USA für die Verteidigungsindustrie zu benötigen. Er stößt mit dieser Entscheidung auf weltweites Unverständnis, da es ihm nach Einschätzung von Beobachtern faktisch offenbar nicht um die nationale Sicherheit, sondern um rein wirtschaftliche Interessen geht.

Nur Ländern, die aus Sicht der US-Regierung fair bei Handel und Verteidigung mit den USA umgehen, wird in Aussicht gestellt, nach Einzelfallprüfung von der Erhebung der Strafzölle befreit zu werden. Hierzu zählen die Nachbarländer Kanada und Mexiko sowie der Pazifik-Alliierte Australien. Demgegenüber wurde die Bundesrepublik Deutschland von Trump u. a. mit Bezug auf die zu geringen Verteidigungsausgaben für die NATO als Negativbeispiel genannt.

Die Europäische Union betont, dass sie ein enger Verbündeter der USA sei und keine Gefahr für die US-Sicherheit darstelle. In aktuell mit den Vereinigten Staaten laufenden Verhandlungen will sie darauf drängen, von den Strafzöllen ausgenommen zu werden und mit den USA gemeinsam das Problem der weltweiten Überkapazitäten im Stahl- und Aluminiumsektor zu lösen, um einen drohenden Handelskrieg zu verhindern.

In Niedersachsen gibt es einige Konzerne, deren Existenz maßgeblich von der Stahlindustrie abhängig ist. Neben Stahlproduzenten, wie zuvorderst der Salzgitter AG, ist dies auch die Automobilindustrie mit Volkswagen und den jeweils angeschlossenen Zulieferbetrieben.

Diese Konzerne, aber auch weitere Unternehmen und damit speziell Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, müssen nicht nur wirtschaftliche Einbußen durch den eingeschränkten bzw. unwirtschaftlichen Marktzugang in die USA, sondern insbesondere durch Umlenkungseffekte und steigende Konkurrenz durch Billig- oder Dumpingimporte aus Drittländern befürchten. Nicht ausgeschlossen ist auch die Ausdehnung der Strafzölle auf weitere Produkte, durch die und durch deren Folgeeffekte Niedersachsen in noch größerem Maße betroffen wäre.

1. Wie viele Arbeitsplätze sind von der Stahl- und Aluminiumindustrie in Niedersachsen unmittelbar abhängig?
2. Welche Auswirkungen hat die Einführung der Strafzölle in den USA auf die niedersächsische Wirtschaft?
3. Wie stellt sich der Austausch der Landesregierung mit der Europäischen Union in dieser Frage dar, und werden eventuelle Vorkehrungen getroffen?
4. In welcher Form hat die Landesregierung Kontakt zu Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, zu Vorständen und Betriebsräten der nun betroffenen Industrien aufgenommen, um gemeinsam die Interessen auf bundespolitischer und europäischer Ebene zu vertreten?

5. Welche Branchen haben in Niedersachsen insgesamt und prozentual vom Umsatzvolumen die stärksten Handelsbeziehungen in die Vereinigten Staaten?
6. In welchen Branchen, bei welchen Produkten sind die Importe aus den USA nach Niedersachsen am höchsten?
7. Welche niedersächsischen Unternehmen und welche Branchen in Niedersachsen könnten in besonderer Weise von der Ausdehnung von US-Strafzöllen auf andere Produkte betroffen sein?

(Verteilt am 27.03.2018)